

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Tanzler,

Genossinnen und Genossen

betreffend „Kein Chaos durch Übergangslernpläne an Österreichs Schulen!“

Seit 2018 wurde an neuen Lehrplänen für Schulen gearbeitet. Auch wenn mit diesen der begrüßenswerte kompetenzorientierte Unterricht – fachlich, überfachlich und fächerübergreifend – umgesetzt werden soll, stießen die neuen Lehrplanentwürfe in der Begutachtung auf viel Kritik, nicht nur bei Praktiker*innen in den Schulen. Die Lehrgewerkschaft bezeichnete sie als „unleserlich“ und deren Umsetzung in die Praxis „schier unmöglich“.

Bildungsminister Martin Polaschek hat nun angekündigt, die Stellungnahmen aus der Begutachtung einzuarbeiten und dann eine entsprechende Verordnung zu erlassen. Ab dem Schuljahr 2023/24 sollen diese Lehrpläne dann für alle Fächer der Volksschule, Mittelschule und AHS-Unterstufe gelten. Kürzlich hat der Bildungsminister aber gegenüber der Kleinen Zeitung vom 24.10.2022 zugegeben, dass die neuen Lehrpläne „nicht der Weisheit letzter Schluss“ seien und sie als „Übergangslernpläne“ bezeichnet. Es brauche eine neue Art von Lehrplänen, die flexibler und deutlich schlanker seien und den Lehrkräften mehr Autonomie einräumten. Dennoch wolle er aber die nun ausgearbeiteten Lehrpläne in Geltung setzen. Parallel dazu sollten Experten*innen aber schon mit der Arbeit an den sozusagen dann „wirklich neuen“ Lehrplänen beginnen.

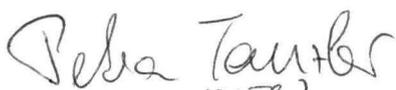
Diese Vorgangsweise ist ein weiteres Beispiel für das Chaos in Bildungsressort. Da sollen Lehrpläne in Kraft gesetzt werden, die nach kurzer Zeit wieder ersetzt werden. Das erzeugt Unsicherheit bei den Lehrer*innen und Schüler*innen und zusätzliche Kosten beispielsweise bei der Produktion von Schulbüchern und Lernmaterialien. Auch angesichts der ohnehin schon knappen Zeit für die Umsetzung bis zum Anfang des nächsten Schuljahres ist diese Vorgangsweise abzulehnen. Was es braucht, ist ein transparenter Prozess unter Einbindung von Praktiker*innen, um rasch taugliche Vorschläge für neue Lehrpläne zu erarbeiten. Diese müssen lesbar und umsetzbar sein und Schüler*innen das nötige Rüstzeug für das 21. Jahrhundert mitgeben. Aktuell sind nicht einmal die Stellungnahmen aus dem Begutachtungsverfahren öffentlich zugänglich, die möglicherweise für eine breite Diskussion von Nutzen sein können. Zusätzlich braucht es umfassende Unterstützungsangebote, die Lehrkräfte in der Umsetzung der neuen Lehrpläne begleiten.

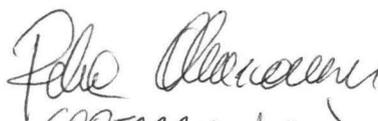
Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, in einem transparenten Prozess unter Einbindung von Praktiker*innen rasch taugliche Vorschläge für gut lesbare und praxisorientierte Lehrpläne zu erarbeiten. Als einem ersten Schritt hierzu wird der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung aufgefordert, die Stellungnahmen aus dem Begutachtungsverfahren für eine breite Diskussion öffentlich zugänglich zu machen. Darüber hinaus sollen Lehrkräfte durch umfassende Unterstützungsangebote dabei begleitet werden, die Lehrpläne in der schulischen Praxis umzusetzen.“

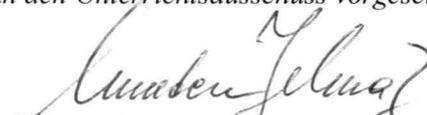

(TANZLER)


(OBERAUNER)


[Stöger]

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.


(Stöger)


www.parlament.gv.at

